

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatl. Einzelne Rm. 30 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfüßungs-  
teile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 6 M.,  
unter Eingefand 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltungen der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): i. S. Dr. phil. Friedr. Putlip.

Nr. 254

Sonntag, 30. Oktober

1921

## Sächsische Staatsbank

Öffentlich-rechtliche Bankanstalt  
unter der Gewähr des Sächsischen Staates

Annahmestelle von Spareinlagen und Mündelgeldern gemäß B. G. B. § 1808 — Ausführung aller sonstigen Bankgeschäfte — Stahlkammer

Niederlassungen:

Dresden  
Augustustraße, Ständehaus  
Fernspr. 17968, 21904, 23773  
Depositenkasse am Hauptbahnhof  
Bismarckplatz 2-4, Fernspr. 20397

Leipzig  
Grimmischer Steinweg  
Zwickau  
Hauptmarkt

### Neue Gesetzentwürfe.

(St.-K.) Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 28. Oktober 1921 beschlossen, dem Landtage folgende Gesetzentwürfe vorzulegen:

- den Entwurf des Staatshaushaltsplans sowie den Entwurf des Finanzgesetzes für das Rechnungsjahr 1922,
- den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen.

### Für das abgetrennte Deutsch- oberschlesien.

(St. K.) Der Ministerpräsident hat aus seinem Dispositionsfonds 10 000 M. zur Verfügung gestellt zur Unterstützung von Flüchtlingen aus den abgetrennten Gebieten Deutschoberschlesiens, die jetzt polnisch werden sollen, und zur Milderung der durch das Inkraft des Verbandes verschärfte Notlage der Einwohner dieser Gebiete.

### Rücktritt des sächsischen Arbeits- ministers.

(St. K.) Minister Jädel hat heute dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er im Laufe des November von seinem Amte zurücktreten werde.

Von anderer Seite wird dazu noch gemeldet, daß Minister Jädel, dessen Rücktritt aus rein familiären Gründen erfolge, am 1. Dezember die Leitung des Textilarbeiterverbandes wieder übernehmen werde.

### Graf Lerchenfeld über Bayerns Verhältnis zum Reiche.

München, 29. Oktober. Auf der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei führte der Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in einer längeren Rede über das Verhältnis zum Reiche u. a. aus:

Ich habe vor kurzem erklärt, daß ich gewillt bin, auf dem Boden der maßgebenden Parteibeschlüsse eine Vereinbarung mit Berlin zu treffen. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, so glaube ich, daß sich aus der Gefahr, die durch den damaligen Scheitern der Reichsregierung entstanden war, eine heilsame Wirkung für die Zukunft ergeben wird. Wir sind aber auch entschlossen, entsprechend der damals eingenommenen Haltung das Recht der Länder mit Entschiedenheit zu wahren. Ich glaube aber, daß ein Föderalismus nicht nur im Interesse Bayerns, sondern des ganzen Reiches liegt. Wir müssen trachten, soweit die Weimarer Verfassung Fehler aufweist, sie auf verfassungsmäßigen Wege zu beseitigen. Wir müssen in dieser Richtung nicht nur allein vorgehen, sondern für unseren Standpunkt auch Bundesgenossen zu gewinnen trachten. Dies gilt sowohl für Preußen wie namentlich für die anderen süddeutschen Länder.

### Das Schicksal Karls von Habsburgs.

Paris, 29. Oktober. Die Vorkameralkonferenz schlug Madeira als Exil des früheren Königs Karl vor, vorausgesetzt, daß Portugal einverstanden ist. Karl wird im Hafen von Oporto an Bord des englischen Kriegsschiffes „Garbill“ gebracht werden, auf dem er bis zur endgültigen Entscheidung über sein Schicksal Wohnung nehmen wird.

### Das Ultimatum der Kleinen Entente.

Das gestern von uns mitgeteilte Ultimatum der Kleinen Entente ist nach neueren Meldungen aus Wien noch nicht überreicht worden, doch hat, wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, die ungarische Regierung beschlossen, die in der Note der

### Der Kanzler über die Reichspolitik.

Karlruhe, 28. Oktober. In einer von Tausenden besuchten Versammlung im großen Festsaal sprach Reichskanzler Dr. Brüning über die Reichspolitik, wobei er insbesondere die oberschlesische Frage und die neuer Entscheidung berührte. Der Reichskanzler sagte dabei u. a.: Nicht nur die Oberschlesier, sondern das gesamte deutsche Volk hätten das Gefühl, daß Oberschlesien verschachtet worden sei. Trotzdem dürfe man jetzt keine Politik einer etwaigen Bereinigung Oberschlesiens betreiben. Aber die Wegnahme dieser wichtigen deutschen Produktionsstätten, die als ein Rand vor aller Welt bezeichnet werden müsse, beruhe auf dem empfindlichsten die deutsche Produktionsfähigkeit. Die deutsche Leistungsfähigkeit für die Reparationen sei dadurch wesentlich geschwächt.

Der Kanzler nannte den Vertrag von Versailles den Hexenhammer der europäischen Jerrückungspolitik. Aber er enthalte einen Paragraphen, der Deutschland das Recht gebe,

von Zeit zu Zeit seine Leistungsfähigkeit nachprüfen zu lassen. Dieser Fall sei hier gegeben.

Der Kanzler verlas vor der Versammlung die bekannte Reichsverwahrung, welche die deutsche Regierung an die Vorkameralkonferenz gerichtet hat, und fügte hinzu, dieses historische Dokument müsse Gemeingut des deutschen Volkes werden.

Am Schlusse seiner häufig durch kürzlichen Beifall unterbrochenen Rede besprach der Reichskanzler die durch die Gewaltpolitik der Entente herbeigeführte Weltwirtschaftskrise und die Entwertung der Mark durch Reparationszahlungen und erklärte, es sei unmöglich, ein 60 Millionen-volk als Käufer auf dem Weltmarkt auszuhalten, was durch die Entwertung der Mark geschehe, ohne daß die Volkswirtschaft der Gläubigerstaaten dabei selbst zugrunde gehe.

Der Kanzler schloß mit einem Appell zur inneren Einigkeit, die aus der Verantwortungsbewußtheit gebaut werden müsse.

Größen Entente geforderten Bedingungen zu erfüllen. Aus Belgrad meldet die „Tagesspost“ vom Freitag: Das aufgesetzte Ultimatum wurde gestern nach Prag und Bukarest gesandt. Heute erwartet man in Belgrad die endgültige Reaktion von den beiden interessierten Staaten. Auf Grund der jugoslawischen Verfassung muß aber auch die Nationalversammlung das Ultimatum genehmigen. In diesem Zwecke wird für Sonnabend, den 29. Oktober, eine Sitzung einberufen. Aus Laibach kommt die Mitteilung, daß die jugoslawische Tonanstoße aktionsbereit unter Dampf stehe, um in die obere Donau und in die Theiß einzulaufen. Die Jahrgänge 1918 bis 1920 sind zu sechswochenlanger Übung einberufen. Aus London wird vom 28. Oktober gemeldet: Reuters erzählt, daß in Foreign Office von einem Ultimatum der Kleinen Entente an Ungarn nichts bekannt sei. Man ist durchaus der Ansicht, daß der vorläufige Kaiser Karl entweder abhandeln oder offiziell entthront werden muß. In dieser Hinsicht stimmten die Große und die Kleine Entente überein. Die englische Ansicht geht dahin, daß für ein Ultimatum keine Notwendigkeit bestehe, da die Gesamtfrage auf friedlichem Wege gelöst werden kann. Man ist der Meinung, daß der Friedensvertrag aufrecht erhalten werden muß und daß eine finanzielle oder territoriale Kompensation aus Kosten Ungarns mit dem Friedensverträge nicht vereinbar sein würde.

Nun liegt aber aus Budapest die Meldung vor, daß sich Kaiser Karl gegenüber dem Delegierten der ungarischen Regierung Minister v. Kanis, der ihn aufsuchte und zum Thronverzicht aufforderte, geweigert hat, diesen Thronverzicht auszusprechen. Die Sachlage nach dem mißglückten Abenteuer Karls liegt also ziemlich verwickelt und, wie wir schon bei den ersten Meldungen hierüber hervorgehoben haben, ist sie auch sehr ernst für Ungarn und die Nachbarstaaten. Durch die Weigerung Karls wird noch mehr Verwirrung hineingebracht. Der frühere König ist auch nicht im Rechte, denn er hat im November 1918 die ungarische Regierung von ihrem Eide entbunden, und mit dem Geheparatikel 1 vom Jahre 1920 hat die Nationalversammlung als die ausschließlich gesetzliche Vertretung des ungarischen Staats festgestellt, daß die Ausübung der königlichen Gewalt seit 13. November 1918 aufgehört hat. Aus diesem Grunde hat die Nationalversammlung die Würde des Staatsoberhauptes zur provisorischen Ausübung dem Reichsverweser Nicola Horvath übertragen. Seit dem Jahre 1920 hat Horvath auch tatsächlich die Gewalt des Staatsoberhauptes aus. Als im

Frühjahr dieses Jahres Karl unerwartet in Ungarn erschien und seinen ersten Staatsstreich versuchte, erklärte die Nationalversammlung dies als eine Verletzung der bestehenden Rechtsordnung und sprach sich dahin aus, daß sie an der im Geheparatikel vom Jahre 1920 festgelegten Rechtsordnung festhält, den Umkreis dieser Rechtsordnung über eine jede darauf gerichtete Bestrebung auf das entschiedenste verurteilt und die Regierung anweist, eine jede einseitige Störung dieser Rechtsordnung zu verhindern. Darnach drückte die gesamte ungarische Presse ihre volle Befriedigung mit den Beschlüssen der Nationalversammlung aus Anlaß der Rückkehr des Königs aus. Auch bei seinem zweiten Auszuge liegen für ihn die Verhältnisse rechtlich nicht anders. Durch sein Verhalten stürzt er das Land nur in neue schwere Verwirrung.

### Die Kreditbeschaffung der Industrie.

Frankfurt a. M., 28. Oktober. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Zu der von einer Exportzeitung gebrachten Nachricht, daß die Arbeiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie in der Frage der Kreditbeschaffung wegen der oberschlesischen Entscheidung unterbrochen worden seien, wird von zuverlässiger unterrichteter Seite mitgeteilt, daß diese Meldung irreführend ist und nicht den Tatsachen entspricht.

### Briand und die Abrüstung.

Paris, 29. Oktober. Ministerpräsident Briand versichert in der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ den amerikanischen Freunden Frankreichs, Frankreich sei bereit, jeden Plan zur Verminderung der Ausgaben aller Länder durch Einschränkung der Rüstungen anzunehmen. Aber wenn die Frage seiner territorialen Sicherheit auf dem Spiel stehe, so müsse die gebieterische Verpflichtung, diese Sicherheit zu gewährleisten, seine Haltung diktiert. Man könnte fragen, was geschehen wäre, wenn Frankreich seine Stärke nicht über 40 Jahre lang bewahrt und konzentriert hätte. Was würde die Welt dann heute sagen? Frankreich sollte sich auf seine natürlichen Grenzen verlassen können? Das habe es nicht getan. Im Vertrauen auf seine Verbündeten habe es angenommen, daß Garantien keine geringere Sicherheit darstellten als Grenzen. Heute aber habe Frankreich weder Garantien noch Grenzen. Es müsse sich jetzt verteidigen und seine Pflicht tun, indem es seine Sicherheit aufrechterhalte, bis bewiesen werden könne, daß dies nicht länger nötig sei.

### Deutsch-polnische Eisenbahn- gemeinschaft.

Bei Besprechung der bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit Polen ist an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen worden, daß den deutschen Unterhändlern keine leichte Aufgabe bevorsteht, zumal da die Polen in ihren Anforderungen alles andere als bescheiden sein werden. Als Beweis dafür zogen wir u. a. das Verlangen des polnischen Ministeriums an, daß die Eisenbahndirektion in Katowitz bleiben soll, und zwar mit Zuständigkeit auch für die bei Deutschland verbleibenden Teile Oberschlesiens. Welche Bedeutung diese von der deutschen Öffentlichkeit wohl kaum in ihrer ganzen Tragweite gewürdigte Forderung hat, wird uns von einem technischen Mitarbeiter in folgenden Ausführungen dargelegt:

Das gesamte Hauptbahnnetz des Industriebezirktes unterhand schon bisher der Leitung durch eine Stelle, der Eisenbahndirektion Katowitz. Das ergab die natürliche Verkehrsentwicklung. Die Zugfolge auf den Hauptstrecken und auf den größten Teilen der Zubringerlinien mußte äußerst rasch sein. Auf dem Katowitzer Bahnhof liefen vor dem Kriege innerhalb 24 Stunden mehr Personenzüge ein als auf dem Breslauer Bahnhof. Ein solcher Verkehr muß zentralisiert sein. Der Güterverkehr war ebenso beträchtlich, wenn man bedenkt, daß der oberschlesische Güterverkehr etwa 10 Proz. des gesamten Güterverkehrs der preussisch-polnischen Staatsbahnen ausmachte.

Im Krieg und durch die alliierte Besetzung ist dieser Reiseverkehr bedeutend zurückgegangen. Soll er nun unter Einwirkung der glücklichen Arbeitskraft der Polen wieder ausgedehnt werden? Katowitz wird polnisch, und von Katowitz aus soll nun der Bahnverkehr des gesamten oberschlesischen Abkommensgebietes, nicht etwa nur der abgetrennten Bezirke, beherrscht werden, was wohl beachtet werden möge! 15 Jahre lang soll der ganze oberschlesische Eisenbahnbetrieb zusammengefaßt bleiben und einer „gemeinsamen Verwaltung“ — nicht zu verwechseln mit der allgemeinen jetzt „Gemeinsamen Oberschlesischen Kommission“ — unterstellt werden, und zwar die Normalpurbahnen und die Schmalspurbahnen.

Mit dem oberschlesischen Schmalspurbahnnetz, dem durch Verbandsvertrag eine 15jährige Betriebseinheit zuerkannt wird (während sich Eisenbahnen und Straßenbahnen nach ihren Konzessionen zu richten haben), hat es seine besondere Bewandnis: Die schlesische Kleinbahn-Union-Gesellschaft versorgt in der Hauptsache die Gruben und Häfen mit Betriebsmaterialien und ist für den oberschlesischen Güterverkehr von außerordentlicher Bedeutung. Das Schmalspurbahnnetz erstreckt sich von Friedrichshütte im Kreise Tarnowitz bis Schoppin im Süden und Laband im Westen. Es kommt also auch unter die gemeinsame Verwaltung und untersteht den Nachsprüchen der oberen Kommissionen, Schiedsgerichte und letzten Endes gar des Völkervertrates.

Man kann sich denken, was bei diesem Rattenkönig von Instanzen für die deutsch-polnische Verkehrsentwicklung herauskommt. Geplant ist z. B. die Weiterführung des Schmalspurbahnnetzes bis zur Oder bei Josef, wofür die Verarbeiten bereits erledigt sind. Beantwagt ist ferner die Ausdehnung über die Kreise Koborn und Biehl, weil die Schmalspurbahn auch für die dortigen Industrieanlagen eine Notwendigkeit ist. Aber bei der grauenhaften Grenzteilung besteht natürlich auf deutscher Seite keine Neigung mehr, den Polen neue Schmalspurbahnen zu bauen. Wie würden sie damit umgehen? Und was machen sie nach Ablauf der 15jährigen Frist damit? Überhaupt, was wird aus dem gesamten tollentenen Dokumentarier der künftigen deutsch-polnischen Eisenbahngemeinschaft? Es soll nach Artikel 271 des Verfassers